

UNION ZUR FÖRDERUNG VON OEL- UND PROTEINPFLANZEN E.V.



UFOP-FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017



#Vorwort

Mit dieser Broschüre stellt Ihnen die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP) ihre agrar- und klimapolitischen Kernforderungen zur Bundestagswahl 2017 vor. Darin werden die aus Sicht unseres Verbandes erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Ackerbaus in Deutschland zu erhalten, den Anbau von Körnerleguminosen auszuweiten und um Biodiesel und Rapsölkraftstoff auf europäischer und nationaler Ebene wieder eine angemessene Perspektive zu geben. Gerade in einer sachgerechten Kombination aus Biokraftstoff- und Eiweißpflanzenstrategie sieht die UFOP die Möglichkeit,

gesellschaftlichen Forderungen zu entsprechen, aber auch den Anspruch an eine notwendige Kulturartenvielfalt in Fruchtfolgesystemen erfüllen zu können. Die Rohstoffe für die Biokraftstoffproduktion beispielsweise sind die wichtigste heimische gentechnikfreie Eiweißquelle für die Tierernährung. Die UFOP fordert, dass diese Faktoren endlich anerkannt und in der Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der Biokraftstoffpolitik berücksichtigt werden.

Wolfgang Vogel

Vorsitzender der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP)

#Vorstellung der UFOP

Mit der Gründung der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e. V., kurz UFOP, haben der Deutsche Bauernverband e. V. (DBV) und der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V. (BDP) im Jahr 1990 eine bis zu diesem Zeitpunkt einmalige Verbandsstruktur ins Leben gerufen. Die UFOP vertritt die politischen Interessen der an der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung heimischer Öl- und Eiweißpflanzen beteiligten Unternehmen, Verbände und Institutionen in nationalen und internationalen Gremien.

Die UFOP fördert darüber hinaus Untersuchungen zur Optimierung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Entwicklung neuer Verwertungsmöglichkeiten in den Bereichen Food, Non-Food und Feed. Die Öffentlichkeitsarbeit der UFOP dient der Förderung des Absatzes der Endprodukte heimischer Öl- und Eiweißpflanzen.

Agrarpolitik

„Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Ackerbaus müssen moderne Züchtungstechnologien und moderner Pflanzenschutz zum Einsatz kommen.“

#1

Eiweißpflanzenstrategie ausbauen

Forderung:

Die Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft muss zu einer nationalen Eiweißstrategie weiterentwickelt und konsequent umgesetzt werden.

Begründung:

Im Rahmen der BMEL-Eiweißpflanzenstrategie wurden Demonstrationsnetzwerke für Körnerleguminosen etabliert. Diese wertvollen Initiativen sind über die Fortsetzung der finanziellen Förderung zu verstetigen und auszuweiten. Dadurch sollen Forschungslücken geschlossen und regionale Wertschöpfungsketten gestärkt werden. Darüber hinaus ist die Eiweißpflanzenstrategie unter Einbeziehung weiterer Kulturen und Rohstoffe zur Steigerung der Biodiversität und Nachhaltigkeit in eine nationale Eiweißstrategie zu überführen.

Die wichtigste heimische Eiweißquelle stellen Rapsfuttermittel dar, die bei der Rapsölgewinnung in deutschen Ölmühlen anfallen. Eine Verringerung der Rapssaatverarbeitung aufgrund einer sich verändernden Biokraftstoffgesetzgebung und damit einhergehenden Schließungen von Ölmühlen müssen verhindert werden. Eine nationale Eiweißstrategie kann eine nationale Nutztierstrategie flankieren und über die Stärkung der heimischen, gentechnikfreien Futtergrundlage wesentlich zur Akzeptanz von Nutztierhaltung in Deutschland beitragen.

Leguminosenanbau fördern

Forderung:

Der Leguminosenanbau im Rahmen des Greenings muss ohne Einschränkungen beim Pflanzenschutz möglich sein.

Begründung:

Der Fokus der aktuellen Arbeiten im Rahmen der BMEL-Eiweißpflanzenstrategie liegt auf den großkörnigen Leguminosen wie Ackerbohne, Futtererbse, Soja und Süßlupine. Im Hinblick auf die positive Fortentwicklung des Anbaus großkörniger Leguminosen zur Erweiterung von Fruchtfolgen und Erhöhung der Vielfalt in deutschen Ackerbausystemen ist es essenziell, den Anbau von

Eiweißpflanzen im Rahmen des Greenings weiter zu ermöglichen.

Dies ist nur gegeben, wenn das von der EU-Kommission beschlossene und ab dem 1. Januar 2018 geltende Verbot des Pflanzenschutzmitteleinsatzes nach guter fachlicher Praxis wieder zurückgenommen wird.



#2

#3

Pflanzenschutz zulassen

Forderung:

Die im deutschen Öl- und Eiweißpflanzenanbau wirksamen und auf einer breiten Wirkstoffpalette basierenden Pflanzenschutzmittel müssen weiter zugelassen bleiben. Neue Mittel sind ohne Verzögerungen zuzulassen. Die Bandbreite von Wirkstoffen muss erweitert und die Zulassungsbehörden personell besser ausgestattet werden.

Begründung:

Im Zusammenwirken einer fehleranfälligen und zunehmend politisch motivierten Re-Registrierung von Altwirkstoffen und der nicht funktionierenden zonalen bzw. nationalen Zulassung und Anerkennung von Pflanzenschutzmitteln nach Verordnung (EU) 1107/2009 werden den deutschen Erzeugern von Ölsaaten und Proteinpflanzen wirksame Pflanzenschutzlösungen vorenthalten. Statt der im EU-Recht vorgegeben 120 Tage dauert die Anerkennung durch die deutschen Behörden

im Schnitt über zwei Jahre. Ein Auditbericht der EU-Kommission vom Dezember 2016 bescheinigt den deutschen Zulassungsbehörden, oft unkoordiniert nebeneinander her zu arbeiten und sich zu wenig mit den europäischen Partnern abzustimmen. Darüber hinaus besteht nach wie vor ein erheblicher Antragstau bei der Neuzulassung. Im Fall des Öl- und Eiweißpflanzenanbaus wird bei der Bekämpfung von Schädlingen dadurch ein Resistenzmanagement verhindert.

Mittelständische Züchterstruktur stärken

Forderung:

„Sortenschutz vor Patentschutz“ – keine Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere. Das Sortenversuchswesen muss erhalten und gestärkt werden, die verpflichtende Saat- und Pflanzgut-erkennung fortbestehen.

Begründung:

Um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Ackerbaus meistern zu können, ist die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigem Saat- und Pflanzgut zwingend erforderlich. Die Politik

kann mit ihren Entscheidungen beispielsweise zur Unterstützung des Schutzes von geistigem Eigentum entscheidend dazu beitragen, die mittelständische deutsche Pflanzenzüchtung zu stärken.

#4

#5

Pflanzenzüchtung ergebnisoffen diskutieren

Forderung:

Die Diskussion über neue Methoden der Pflanzenzüchtung muss wissenschafts- und faktenbasiert geführt werden.

Begründung:

Die Diskussion über neue Pflanzenzüchtungsmethoden wird in der Öffentlichkeit nicht immer wissenschaftlich fundiert und anhand objektiv zu bewertender Fakten geführt. Auch gibt es von verschiedenen Seiten Bestrebungen, neue Züchtungsverfahren pauschal als Gentechnik einzustufen. Die Chancen neuer Pflanzenzüchtungsmethoden sind zu erkennen und mögliche Risiken entsprechend faktenbasiert einzuordnen. Die Unternehmen aus den Bereichen Forschung und Pflanzenzüchtung in Deutschland benötigen eine klare politische Rückendeckung, um heute die Grundlage für einen zukünftigen Züchtungsfortschritt legen zu können.

A green truck is shown from a side-rear perspective, driving on a road. The background features a blurred landscape with yellow fields and several wind turbines under a blue sky with white clouds. The truck's rear wheel and part of the white trailer are visible.

Biokraftstoffpolitik

„Durch die Kombination aus Biokraftstoff- und Eiweißpflanzenstrategie kann den gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Klimaschutz und einer stärkeren heimischen Eiweißversorgung entsprochen werden.“

#6

Biokraftstoffe der 1. Generation erhalten

Forderung:

Heimischen Biokraftstoffen der 1. Generation wie Raps-Biodiesel oder Pflanzenöl muss weiterhin eine Marktperspektive gegeben werden, um die Klimaziele im Verkehr erreichen zu können und durch wertvolle Koppelprodukte wie Rapsschrot der Viehwirtschaft eine Grundversorgung an gentechnikfreier Tiernahrung zu ermöglichen.

Begründung:

Heimische Biokraftstoffe wie Raps-Biodiesel oder Pflanzenöl werden zum Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrsbereich in den nächsten Jahrzehnten zwingend benötigt, da andere klimaschützende Mobilitätskonzepte auf absehbare Zeit keine ausreichende Marktdurchdringung erreichen werden. Hierbei ist nicht nur eine stabile Nachfrage aus dem Individualverkehr zu beachten. Auch Schwerlast-, Schiffs- und

Flugverkehr werden zukünftig auf klimafreundlichere Treibstoffe umsteigen. Die Kraftstoffe der 1. Generation sind weiterhin erforderlich, um die steigende Nachfrage in den kommenden Jahren bedienen zu können. Die zeitlich ambitionierten Klimaschutzziele im Verkehrssektor sind nur unter Nutzung aller Optionen zu erreichen. Markteingeführte Biokraftstoffe aus Anbaubio-masse gehören zwingend dazu.

Treibhausgas-Minderungspflicht stufenweise anheben

Forderung:

Die Treibhausgas-(THG)-Minderungspflicht muss stufenweise auf den ohnehin ab 2020 gesetzlich vorgegebenen Zielwert von 6,0 Prozent angehoben werden. Die jährliche Anhebung der Quote bis 2020 soll auf Basis einer entsprechenden Evaluierung im Sinne der Erfüllbarkeit erfolgen. Diese muss die Option der Erhöhung der THG-Minderungsverpflichtung nach 2020 einschließen.

Begründung:

Die Effizienz in der Treibhausgas-Minderung ist bei Biokraftstoffen der ersten Generation seit Einführung der THG-Minderungspflicht im Jahr 2015 wettbewerbsbedingt gestiegen. Dies bedeutet, dass mit weniger Biomasserohstoff mehr Klimaschutz betrieben wird. Das bedeutet aber auch, dass der aktuell geltende Wert von 4,0 Prozent zu niedrig angesetzt ist und das verfügbare Klimaschutzpotenzial nicht ausgeschöpft wird. Gleichzeitig werden aktuell weitere Anrechnungsoptionen

im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) eingeführt. Dies eröffnet Potenzial für eine Anpassung und Festsetzung höherer THG-Minderungsverpflichtungen nach 2020, um den Verkehrsbereich zeitnah weiter zu dekarbonisieren. Gleichzeitig muss die Einführung zusätzlicher Optionen wie die sogenannte Upstream-Emission-Reduction (UER) sehr kritisch mit Blick auf die klimapolitische Zielsetzung und die Auswirkungen auf die Rohstoffnachfrage geprüft werden.



#7

#8

Forschung für Biokraftstoffe intensivieren

Forderung:

Die Diversifizierung der Biokraftstoffkomponenten, sowohl im Diesel- als auch im Ottokraftstoffbereich, bedarf einer systematischen und vorausschauenden Kraftstoffsystem-Forschung. Dafür müssen entsprechende Forschungsmittel bereitgestellt werden.

Begründung:

Eine systematisch finanzierte Begleitforschung existiert im Bereich der Biokraftstoffe bislang nicht. Die Zulassung und Förderung weiterer Biokraftstoffe aus Abfall- und Reststoffen, herkömmlicher Biokraftstoffe sowie neuer „Drop-in-Kraftstoffe“ führen zu einer zunehmenden Komplexität des Kraftstoffmixes, zumal auch die Zusammensetzung des fossilen Kraftstoffes je nach Rohölherkunft sehr unterschiedlich ist. Vor diesem Hintergrund ist eine Begleitfor-

schung erforderlich, um die Kraftstoffqualität und Motor- bzw.- Materialkompatibilität zu sichern, die zwingende Voraussetzungen dafür sind, dass Biokraftstoffe als Blendkomponente beigemischt werden können. Deutschland leistet hierdurch einen grundsätzlich richtungsweisen Forschungsbeitrag, weil die Verwendung von Biokraftstoffen in ihrer Vielfalt global an Bedeutung gewinnt. Betroffen ist damit auch der Fahrzeugexport.

EU-weit gleiche Prüfung der Zertifizierungen gewährleisten

Forderung:

Die EU-Kommission muss entsprechend den Kritikpunkten des Europäischen Rechnungshofes die Zertifizierungssysteme in der Wiedezulassung bewerten und zugleich die Qualität der Zertifizierungsstellen durch einen EU-Fachbeirat angemessen überwachen.

Begründung:

Die Nachhaltigkeitszertifizierung und Weiterentwicklung der Systemanforderungen sind wichtige Faktoren für die Schaffung eines fairen internationalen Wettbewerbs, aber auch für die Akzeptanz bei Verbrauchern und in der Politik. Die in Deutschland eingeführten Zertifizierungssysteme und die Dokumentation der Nachhaltigkeitsnachweise im sogenannten „nabisy-System“ der Bundesanstalt für Land-

wirtschaft und Ernährung (BLE) sind international vorbildlich. Um die Entwicklung qualifizierter Zertifizierungssysteme und die internationale Umsetzung zu fördern, ist auf europäischer Ebene – wie in Deutschland bereits bei der BLE vorhanden – ein Fachbeirat aus Experten der EU-Kommission, der nationalen zuständigen Stellen, der Wirtschaftsverbände und der Umweltverbände zu schaffen.

#9

#10

Einsatz von Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft fördern

Forderung:

Die Förderung von Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft im Wege einer Steuerbegünstigung muss fortgesetzt werden.

Begründung:

Auch im Sektor Landwirtschaft muss die Dekarbonisierung bei der Nutzung der Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen vorangebracht werden. Mit etwa 1,6 Millionen Tonnen Dieserverbrauch jährlich ist der Biokraftstoffeinsatz in diesem Bereich ein wichtiger Ansatz, um die Emissionen von Treibhausgasen zu verringern. Biokraftstoffe sind aufgrund ihrer hohen Energiedichte und der hohen

Leistungsanforderungen bestens für den Einsatz in der Land- und Forstwirtschaft geeignet. Die nach dem EU-Recht mögliche Steuerentlastung von Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft muss langfristig ausgerichtet werden, damit in den Entwicklungsabteilungen der Landmaschinenindustrie weiter an der Entwicklung von klimaschonenden Antriebstechnologien gearbeitet werden kann.

Zukünftige Freigaben sichern

Forderung:

Die Anforderungen an die Typenzulassung für die Verwendung von Biokraftstoffen in Landmaschinen dürfen nicht überreguliert werden.

Begründung:

Die extremen Anforderungen an die Typenzulassung für die Verwendung von Biokraftstoffen in Landmaschinen sorgen dafür, dass sich immer weniger Hersteller um Freigaben bemühen. Dadurch wird der Landwirtschaft eine wichtige Option genommen, zukünftig verstärkt THG-Einsparungen zu realisieren. Für Landmaschinen gelten die gleichen strengen abgasrechtlichen

Anforderungen, wie sie für Aggregate gelten, die im innerstädtischen Bereich eingesetzt werden, was dort mit Blick auf den Verbraucherschutz auch absolut sinnvoll ist. Die Motorenentwicklung sollte sich jetzt zunehmend auf die Effizienzsteigerung zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und auf die Freigabenerteilung für alternative Kraftstoffe konzentrieren können.

#11

#12

Modellregionen für Biokraftstoffmobilität fördern

Forderung:

Das Biokraftstoffpotenzial ist in seiner Anwendungsvielfalt bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Analog zu den Modellregionen für die E-Mobilität muss die Bundesregierung ebenfalls Modellregionen für die Biokraftstoffanwendung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Wertschöpfungsketten fördern.

Begründung:

Regionale Stoffkreisläufe vom Rapsanbau über die Ölmühlen und Biokraftstoffraffinerien und zurück zur Anbauregion tragen signifikant zur Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum bei (Circular Economy). Da Biokraftstoffe vorläufig ein unerlässliches Element für die Erreichung der nationalen Klimaschutzziele in der Mobilität sind, kann durch deren gezielte Verwendung

ein wertvoller Beitrag für die Umsetzung kommunaler Treibhausgas-Minderungskonzepte, bspw. im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), und zur regionalen Wertschöpfung geleistet werden. Modellregionen veranschaulichen Landwirten, Vertretern von Gemeinden, Wirtschaftspartnern und Verbrauchern aus Stadt und Land die Vorteile des Einsatzes von Biokraftstoffen.

UFOP-Ansprechpartner/Impressum:

Stephan Arens, Geschäftsführer

Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP)

Claire-Waldoff-Str. 7 10117 Berlin

Tel.: +49 30 31904-225

Fax: +49 30 31904-485

s.aren@ufop.de

Bildnachweise:

Titel: iStock.com/Nikada; Titel, S. 3, 4, 5: UFOP/Johannes Haas; S. 6: UFOP/Dietrich Habbe; S. 7: iStock.com/Luda311;

S. 8/9: Mühlhausen/Landpixel; S. 10: iStock.com/stevanovicigor; S. 11: OFC Pictures/Shutterstock.com;

S. 12: iStock.com/BakiBG; S. 13: iStock.com/ollo; S. 14: iStock.com/TeerawatWinyarat; S. 15: iStock.com/AdrianHancu;

S. 16: iStock.com/camacho9999; S. 17: iStock.com/Maria Jeffs; S. 18: iStock.com/KIJe



Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e. V.

Claire-Waldoff-Straße 7 · 10117 Berlin

Tel.: 030 31904-202

info@ufop.de

www.ufop.de

twitter.com/ufop_de